

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verantwortung: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Nummer: Postfach-Nummer Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 6, durch die Zweigstelle, Algenstraße 14/15, durch die Postämter zu beziehen. Vierteljährlich 2.50 RM, monatlich 10.00 RM, alle Umlaufblätter zu 2.00 RM.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1.50 RM, auswärts 1.75 RM. Anzeigen unter Zeit 2.50 RM, anwärts 4.— RM. Familienanzeigen 0.80 RM. Stellenangebote, Erwerbangebote, Verleumdungs- und Wohnung-Angebote 0.50 RM. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 RM, des fette 1.00 RM. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Regierungskrise vor Genua!

Die Regierungskrise am Wert

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Am Mittwoch nachmittag 4 Uhr wird der Reichstag darüber abstimmen, ob das Kabinett Wirth bleiben oder gehen will. Wird der von den Koalitionsparteien gestellte Vertrauensantrag abgelehnt, oder wird einer der gestellten Mißbilligungsanträge angenommen, dann muß das Kabinett gehen. Derselbe Erfolg würde eintreten, wenn eine der Regierungsparteien für einen Antrag der Opposition stimmen würde; denn täte sie das, so würde sie damit der Regierung in den Rücken fallen und sie zum Rücktritt zwingen.

Aus diesem Stand der Dinge hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Schluß gezogen, daß sie den Vertrauensantrag der Regierung annehmen und alle anderen Anträge ablehnen muß. Sie ist sich dessen bewußt, daß eine skrupellose Demagogie ein solches Verfahren zu ihren Zwecken mißbrauchen kann. Sie wird sagen: „Seht ihr, die Sozialdemokraten haben der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, nachdem sie dies und das getan hat, und sie haben Anträge abgelehnt, in denen dieses und jenes gefordert wird.“

Eine solche Demagogie kann aber nur auf Leute Eindruck machen, die vom Wesen des parlamentarischen Systems noch keine Ahnung haben. Wenn eine Regierung die Vertrauensfrage stellt, und eine Partei diese Frage unter gleichzeitiger Ablehnung aller sonstigen hierzu gestellten Anträge bejaht, so spricht sie damit nicht aus, daß die Regierung unfehlbar ist. Unfehlbar ist nur der Papst und auch der nur in Glaubensfragen der katholischen Kirche, wir anderen aber sind alle fehlerbare Menschen, und die Minister sind es, auch sozialdemokratische Minister.

Wenn eine Partei nach einer entscheidenden Debatte die Erklärung billigt, die die Regierung abgegeben hat und alle anderen Anträge ablehnt, so sagt sie damit nicht, daß die Regierung alles herrlich gemacht hat, und daß ihr überhaupt nichts zu kritisieren, nichts zu wünschen übrig geblieben ist. Sondern sie sagt damit nur, daß sie im gegebenen Augenblick von einem Regierungswechsel nichts Gutes erwartet, weil nach dem Sturz der gegenwärtigen Regierung nicht eine bessere, sondern eine schlechtere an ihre Stelle treten würde. Wie immer ihr Wortlaut ist, die von der Opposition gestellten Anträge sagen dem Sinne nach den Ministern: „Geht!“ Und der Vertrauensantrag sagt ihnen: „Bleibt!“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sagt: „Bleibt!“ Und es wird ihr nicht schwer sein, dieses Verhalten vor ihren Volksgenossen zu rechtfertigen. Sie kann nicht die Verantwortung übernehmen, daß das gegenwärtige Kabinett gestürzt wird. Soll das geschehen, so müssen andere dafür die Verantwortung übernehmen.

Die Kommunisten reden ihren Leuten ein, die Regierung Wirth-Bauer-Kathenau könnte von einer rein sozialistischen Arbeiterregierung abgelöst werden. Aber gerade die Kommunisten waren es, die der Arbeiterbewegung seit mehr als drei Jahren eine Reihe schwerer Niederlagen gebracht, und die sie durch Zerplitterung unfähig gemacht haben, in diesem Augenblick die Macht zu übernehmen. Eine rein sozialistische Arbeiterregierung würde keine Mehrheit im Reichstage haben, und sie würde sich eine solche, dank der zerstörenden Arbeit der Kommunisten, jetzt auch bei Wahlen nicht erkämpfen können.

Was bleibt übrig? Eine Koalitionsregierung mit Sozialdemokraten oder ohne Sozialdemokraten, also eine rein bürgerliche Regierung. Die Sozialdemokraten sind am 10. Mai vorigen Jahres, anlässlich des Londoner Ultimatus, in die Bresche gesprungen, um eine Katastrophe zu verhüten. Würden sie jetzt in eine neue Koalitionsregierung eintreten können, wenn die Unabhängigen mit der Rechten zusammenwirkten, um das Kabinett Wirth zu stürzen? Ohne eine gewisse Rückendeckung nach links kann die Sozialdemokratie keine Koalitionspolitik treiben.

Es bliebe also nur eine bürgerliche Regierung unter Mitwirkung der Koalitionsparteien. Was wollen die Koalitionsparteien? Statt der Friedenspolitik Wirths Widerstand gegen übernommene Verpflichtungen und Vorbereitung der Revanche. Statt der Republik die Monarchie. Beilegung oder Einschränkung der demokratischen Volksrechte. Schonung des Besten, rückwärtslose Befolgung der

Beschlossen. Abbau des Achtstundentages, der Betriebsläufe. Statt Sozialisierung Privatisierung. Und bei der Liquidierung des Eisenbahnerstreiks schonungslose Rache- und Vergeltungspolitik gegen die Unterlegenen.

Wollte die sozialdemokratische Fraktion am Mittwoch anders handeln, als sie handeln wird, so würde sie damit im Endeffekt alle diese edlen Bestrebungen unterstützen. In der Politik kommt es nicht darauf an, was man mit schönen Worten als sein Ziel verkündet — sondern darauf, was man durch sein Handeln praktisch erreicht. Die sozialdemokratische Fraktion muß es ändern überlassen, durch schwindelhaftes Treiben nach Art der Unabhängigen und Kommunisten den Herren Helferrich und Stinnes zu helfen, die dafür nicht einmal Dankeschön sagen, sondern einfach über die schwindelhaften Geselstagen würden, die so trefflich ihre Geschäfte besorgen.

Wir wünschen, daß die Abstimmung am Mittwoch so ausfallen möge, wie es zweifellos die erdrückende Mehrheit der Arbeiter, Anestellten und Beamten will, daß sie ausfallen soll. Diese Massen halten die gegenwärtige Regierung ebensowenig für unfehlbar, wie wir es tun, aber sie wissen auch, daß wir uns den Luxus kopflöcher Experimente nicht leisten können, und daß es für sie immer noch das Beste ist, wenn der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit gibt, weiter im Amte zu bleiben und ihr Versprechen, bei der Liquidierung des Eisenbahnerstreiks Gerechtigkeit und Mäßigkeit walten zu lassen, zu erfüllen.

Arbeiten, daß es besser wird, verhindern, daß es schlechter wird, das betrachtet die sozialdemokratische Fraktion als ihre Aufgabe, und damit ist auch ihre Stellung zu der entscheidungsschweren Abstimmung des kommenden Mittwoch gegeben.

Die Haltung der Parteien.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Im Laufe des Sonntags haben keine Besprechungen über die Stellung der Parteien zum Kabinett Wirth stattgefunden. Man darf aber annehmen, daß heute interfraktionelle Besprechungen stattfinden werden. Es ist kein Zweifel, daß die Deutsche Volkspartei, abgesehen von einigen Abgeordneten, die sich wohl dem fraktionsunabhängigen fügen müssen, den Kanzler stützen wollen. Die Haltung der Bayerischen Volkspartei ist noch schwankend. Es wird behauptet, daß diese Partei, die diesmal das Zünglein an der Waage bildet, die Abstimmung freigegeben werde. Ein Teil werde für Wirth stimmen, ein anderer sich der Stimme enthalten. Es würde in diesem Falle nur eine schwache Mehrheit von wenigen Stimmen für Wirth herauskommen — ein Zustand, der im Hinblick auf die Konkurrenz von Genua unsehrlich wäre. Deshalb muß unseres Erachtens verhindert werden, die Stimmen der Unabhängigen trotz ihrer seit einigen Wochen wieder ganz agitatorisch eingestellten Haltung für die Sicherung des Kabinetts Wirth zu erlangen. Es wird freilich nicht leicht sein, Bielefeldt läßt sich aber doch eine andere Formulierung des Vertrauensantrags zu finden, das in der Sonnabendabstimmung der Reichstagsfraktion dieses Zieles persönliche Veränderungen im Kabinett Wirth notwendig machen, so dürfte dies im Hinblick auf die größeren Ziele kein Hindernis sein.

Die kritische Reichstagsfraktion.

Zwei Mißtrauensvoten lagen schon am Freitag im Reichstage vor, zwei weitere kamen im Laufe des Sonnabends hinzu. Kommunisten, Unabhängige, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale unternehmen getrennt Vorstöße gegen die Regierung. Es ist bezeichnend, daß die unabhängige Fraktion ihren Antrag noch in einen gewissen Nebel gehüllt hat. Er ist zwar eine Mißbilligung des Verhaltens der Reichsregierung während des Eisenbahnerstreiks, aber er vermerkt doch, der Regierung in bürren Worten das Vertrauen überhaupt zu entziehen. Diese wahrscheinlich gewollte Unklarheit, denn die USP ist nun einmal die Partei der Unentschiedenen, haben die Kommunisten durchkreuzt, indem sie den Zusatzantrag stellten: „Die Anschauungen des Reichstages entsprechen nicht den Anschauungen des Reichstages“. Dadurch werden die Unabhängigen zu einer klaren Stellungnahme gezwungen. Zu unserer Freude hat der Reichstagskanzler am Schluß der Sonnabendabstimmung die von unserer Fraktion ihm schon am Freitag nahegelegte Forderung nach einem Vertrauensvotum gestellt. Er begnügt sich also nicht mit der Ablehnung der Mißbilligungsanträge, die sicher fallen würden, weil ja die Mißtrauensanträge von rechts und von links ganz verschiedenen politischen Beweggründen entspringen, sondern er verlangt eine Vertrauensabstimmung der Mehrheit des Parlaments. Auf den Wunsch des Zentrums wurde die Abstimmung, die eine Schicksalsfrage für das Reichskabinett und für die fernere Entwicklung der Reichspolitik sein wird, auf den nächsten Mittwoch verlegt. Bis dahin hofft man, alle Abgeordneten, die nicht dringend verhindert sind, nach Berlin bringen zu können. Was immer sich in einigen Gedächtnis-Deutschlands die Reichsregierung bis zum Sonnabend nicht ändern lassen können. Er wird sich nicht an neuen Mitteln aufzusuchen

Stimmen ankommen. Die Regierungsparteien rechnen darauf, daß jeder ihrer Abgeordneten zur Stelle ist. Im Augenblick scheint die Mehrheit die sich auf das Kabinett Wirth vereinigt, nicht groß zu sein. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokratie haben am Schluß der Sonnabendabstimmung ein gemeinsames Vertrauensvotum für die Reichsregierung eingebracht. Diese drei Parteien allein haben jedoch noch nicht die Mehrheit. Man hofft allerdings, daß auch die Bayerische Volkspartei für das Vertrauen stimmen wird, wodurch seine Annahme gesichert wäre. Ob die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen am Mittwoch bis auf den letzten Mann gegen das Kabinett Wirth stimmen werden, aber ob der eine oder andere verantwortungsbewußte Abgeordnete dieser Parteien sich an diesem Spiele nicht beteiligen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat uns dieser Streit neben seinen über alle Erwartungen verheerenden Wirkungen auf den Verkehr und das Eisenbahnmateriale uns nun auch noch in die Gefahr einer schweren Regierungskrise gebracht.

Die Reichstagsfraktion selbst brachte die Fortsetzung der Rede Dittmanns, der sich wesentlich gemäßigter ausdrückte, als am Tage vorher. Beachtung verschaffte er sich durch den Vortrag von Zahlen über Massenbeschäftigungen, zumal in den Direktionsbezirken Berlin und Frankfurt a. M. Er behauptete, die Direktionsbezirke prüften auf die Richtlinien des Kabinetts und auf die Anordnungen Grönners. In seinem Reiche herrsche Anarchie. Um bei den unabhängigen Genossen im Lande den Eindruck zu erwecken, als müßten die unabhängigen Abgeordneten, was sie wollen, forberte Dittmann eine gemeinsame Regierung der drei sozialistischen Parteien, unterstützt von den Gewerkschaften. Er weiß natürlich gut genug, daß eine solche Regierung zurzeit in Deutschland mangels einer Mehrheit im Parlament und wegen der außenpolitischen Lage nicht möglich ist.

Die Rede des demokratischen Abgeordneten Koch, des früheren Reichsinnenministers, brachte etliche Kritik an der Gehaltspolitik und an der Verhandlungsart der Reichsregierung mit den Beamten in den jüngsten Monaten. Den Beamten wollen die Demokraten keinerlei Streikrecht zugestanden wissen. Gegen die Führer müsse durchgegriffen werden.

Reichsverkehrsminister Grönner beschränkte sich gegenüber den scharfen Angriffen Dittmanns auf die Feststellung, daß er schon im Jahre 1916 von der Spitze der Feld-Eisenbahnen abberufen worden sei. Damals sei das Material noch in besserer Verfassung gewesen. Der Minister erklärte, er befinde sich in der Frage der Maßregelungen in voller Uebereinstimmung mit dem Kabinett. Auffallend stark betonte der Minister, daß die Entscheidung darüber, ob ein Disziplinarverfahren einzuleiten oder fortzuführen sei, ihm persönlich zuzustehen müsse. Unbehaglich wirkten auch die Zahlen, die er schon jetzt über den Umfang der Disziplinarfälle mitteilen konnte. Es waren immerhin schon 300, allein in Berlin 120. Nebenher laufen die Rindigungen gegen klandestin angestellte Beamte, allein in Berlin 1200. Allerdings werden diese Kategorien einweilen weiterbeschäftigt, so daß noch nicht feststeht, ob sie entlassen werden. Das schone Vertrauen des Ministers, daß die Eisenbahndirektionspräsidenten schon den richtigen Weg finden werden, haben wir ganz und gar nicht. Es wird sehr energisch aufgepaßt werden müssen, damit keine Nachschüsse gegen mißliebige Beamte und Arbeiter unternommen werden.

Als der Reichsfinanzminister Hermes an das Volk traf, empfingen ihn die Kommunisten mit lebhaften Zurufen „Unterernährungsminister“. Seine Aufgabe war es, die Angriffe Dittmanns auf die höheren Beamten des Reichsfinanzministeriums zurückzuweisen. Er stellte dabei die lächerliche Behauptung auf, seine Mitarbeiter ließen sich bei ihren Diensthandlungen niemals von politischen Motiven leiten. Mit einem großen Zahlenaufwand suchte er nachzuweisen, daß die Gehaltszulagen rascher gestiegen seien als die Steuerzahlsätze. Als er die Einkommensbezüge der Lokomotivführer ausrechnete, rief ihm das Vorkandmitglied der Reichsgewerkschaft, der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Seifert entrückt zu: „Das ist nicht wahr!“ Das Zahlengewirr des Ministers darf niemanden über die Tatsache hinwegtäuschen, daß wirklich ein großer Teil der Beamten bitterste Not leidet. Das sollte auch der Reichsfinanzminister nicht bestreiten. So sehr man seine schwierige Lage angeht, die Deszendenten verstehen mag. — Als dann die Kommunisten ihre Redner vorstießen, lezte sich das Haus und man erörterte allenthalben die schwierige politische Lage. Der Saal füllte sich erst wieder, als der Reichsfinanzminister an der Spitze des Kabinetts die vorerwähnte Erklärung abgab.

Zwischendurch entwickelte sich ein kleiner Fall Stinnes. Stresemann, als parlamentarischer Schrittmacher von Stinnes, wies mit Entrüstung Dittmanns Behauptung zurück, daß Stinnes keinen Sitz im Auswärtigen Ausschuss benutze, um sich Informationen zu geschäftlichen Zwecken im Auslande zu holen. — Dittmann erklärte, das sei nur einmal seine Ueberrumpfung. Er verlangte einen parlamentarischen Ausschuss zur Untersuchung der Frage, welche Rolle Stinnes in London gespielt habe.

Zum Schluß der Debatte in der Reichstagsfraktion am Sonntagabend gab der Genosse Senker im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Fraktion kann den von dem Abg. Bach und Hoffmann gestellten Anträgen ihre Zustimmung nicht geben. Wir stimmen mit ihnen darin überein, daß die beschlagnahmen Gewerkschafts- und Streikgesetze zurückgegeben und die vorgenommenen Befragungen revidiert ausgeführt werden müssen. Das ist aber nach dem uns von der Reichsregierung gegebenen Aufschub bereits zu spät. Eine zeitliche Verzögerung des Reichstages ist nicht zu erwarten.“

Vom Arbeiterbildungsaussch.

Vertrag über Abb. und Preis von Eisenbahn... Der Vortrag von Universitäts-Professor Dr. Winkler am...

Wer erhält Fahrpreisermäßigung auf der Bahn?

Die Eisenbahndirektion teilt mit: In den Ausweisen zur...

Sonderzug zur Breslauer Frühjahrsmesse. Dem Antrag...

Dieser Sonderzug wird in Randbrunn Anschluss an den Personen...

Die Zeit zur Einreichung der Entschädigungsanträge nach...

Die Reinigung der Straßen am Bürgersteige hat, so schreibt...

Ein Notenschwindel. Am 7. Februar, nachmittags...

Zwei Glasstecher entführt. In das Geschäft von Kaiser...

Einmaliger des Wirtenschlagers gefasst. Wir vernehmen...

Die Feuerwehre ist am Donnerstag Bebenmal gerufen...

Reiz Eisenbahnpassagier befohlen. Am 2. abends zwischen...

Die Eisenbahnverwaltung hat sich für den Bau einer...

Filmschau

Lautarien-Theater. Einfach niedlich ist das fünfaktige Film...

Ufa-Theater. Der zweite Teil der „Kinder der Finsternis“...

Man wäre neugierig, diese an sich banale Geschichte zu...

Breslau (Land)-Neumarkt

Die sündige „Volkswacht“

Eines schönen Sonntags Morgen, die Sonne lag müde auf...

In dem Städtchen, da dieses geschah, lebte auch ein geistlicher...

Und die ganze Geschichte hat sich in Ca n: h zugegetragen. Die...

Aus der Provinz Schlessen.

Jahresbericht

des Bezirksarbeitersekretariats

in Breslau im Bezirk des Oberverwaltungsamts Breslau, für...

Nachdem die Arde nachgelassen zeigt sich eine große Inan-

Das Bezirksamt hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Es soll...

Es ist ganz natürlich, daß die Verwaltung dieser Rentenlöhne...

Die Rentenlöhne sind in der Provinz Schlessen...

Im Jahre 1921 wurden 264 Rentenlöhne...

Im Jahre 1922 wurden 277 Rentenlöhne...

Im Jahre 1923 wurden 289 Rentenlöhne...

Im Jahre 1924 wurden 301 Rentenlöhne...

Im Jahre 1925 wurden 313 Rentenlöhne...

Deutung gar nicht in ihrem Sinne, obwohl unsere eigentl...

Vorher wird eine entzückende Bilderie gezeigt: „Ella in...

Im Plaisierhaus, dessen gut ventilierter Raum einen an-

Die Lou von Montmartre beliebt sich der Jüm, der...

Nett ist das Lustspiel „Freie Bahn dem Tüchtigen“.

Man laßt tüchtig über den armen Museumsdirektor aus der Provinz...

Ein Herr und eine Dame spielen zu Beginn eine Szene mit...

Wartburg-Bühnenstücke. „Die Tängerin und der...

Die sündige „Volkswacht“... Einem schönen Sonntags Morgen, die Sonne lag müde auf...

In dem Städtchen, da dieses geschah, lebte auch ein geistlicher...

Und die ganze Geschichte hat sich in Ca n: h zugegetragen. Die...

Aus der Provinz Schlessen.

Jahresbericht

des Bezirksarbeitersekretariats

in Breslau im Bezirk des Oberverwaltungsamts Breslau, für...

Nachdem die Arde nachgelassen zeigt sich eine große Inan-

Das Bezirksamt hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Es soll...

Es ist ganz natürlich, daß die Verwaltung dieser Rentenlöhne...

Die Rentenlöhne sind in der Provinz Schlessen...

Im Jahre 1921 wurden 264 Rentenlöhne...

Im Jahre 1922 wurden 277 Rentenlöhne...

Im Jahre 1923 wurden 289 Rentenlöhne...

Im Jahre 1924 wurden 301 Rentenlöhne...

Im Jahre 1925 wurden 313 Rentenlöhne...

Im Jahre 1926 wurden 325 Rentenlöhne...

